

18.07.2012: Was im laufenden NSU-Untersuchungsausschuß des Bundestages an Neuem zum Treiben der neofaschistischen Terroristen zutage kommt, ist gleich Null. Die Medien breiten zwar genüsslich dieses oder jenes Ermittlungspannen-Detail aus, um die angebliche Unfähigkeit der Mitarbeiter der "Verfassungsschutzbehörde" der Öffentlichkeit vorzuführen – an den Grundfesten der im Kalten Krieg unter der Staatsraison mit Namen Antikommunismus gegründeten Behörde soll aber nicht gerüttelt werden. Um davon abzulenken wird nun also fleißig Personal ausgetauscht. Drei Verfassungsschutzchefs sind schon weg und ein neuer Oberverfassungsschützer wurde schnell gefunden. Die Wahl fiel auf den "Terrorismusexperten" Hans-Georg Maaßen.

Maaßen arbeitet seit über 20 Jahren im Innenministerium. Er war zunächst Referent in den Abteilungen für Ausländerangelegenheiten und Polizei, wurde dann persönlicher Referent des Sicherheitsstaatssekretärs und Leiter des Referats für Ausländerrecht. 2008 übernahm er die Unterabteilung für Terrorismusbekämpfung.

“Maaßen ist genau der Typ Bürokrat und Abwiegler, den der Verfassungsschutz jetzt nicht gebrauchen kann. Er steht für den Verfassungsschutz bisheriger Prägung.“, erklärt Wolfgang Neskovic, Justiziar der Fraktion "Die Linke" und Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium anlässlich der Diskussion um die Nachfolge von Ernst Fromm als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Und Neskovic weiter: "Im BND-Untersuchungsausschuss zu Murat Kurnaz legte er eine haarsträubende und menschenfeindliche Rechtsauffassung an den Tag. So bestand Maaßen darauf, dass die Aufenthaltsgenehmigung des gebürtigen Bremers erloschen sei, da er sich länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten habe. Die Tatsache, dass Kurnaz in dieser Zeit von den Amerikanern gewaltsam nach Guantanamo verbracht und dort gefoltert wurde, spielte für Maaßen keine Rolle. Auch in anderem Zusammenhang erwies sich Maaßen als empathieloser Technokrat. So rechtfertigt er die Flughafenverfahren für Asylsuchende."

Also soll sich im Verfassungsschutzamt auch in Zukunft nach den Vorstellungen der Bundesregierung nichts ändern. Aber doch ist vor dem Hintergrund der Skandale des VS im Zusammenhang mit der NSU-Terrororganisation grundsätzlicher Kritik an dieser Organisation laut geworden. Grünen-Chefin Claudia Roth sprach sich in der "Frankfurter Rundschau" für eine mögliche Abschaffung aus. "Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern haben sich zum blinden Fleck der Demokratie entwickelt«, sagte sie.

Und was sagt "Die Linke"? Eigentlich ist alles klar, denn: "Wir wollen die Geheimdienste abschaffen", liest man im Parteiprogramm. Und der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger stellt fest: "Wozu braucht es einen Inlandsgeheimdienst, der die Ermittlungen zur NSU-Mordserie in die Irre führt und dann auch noch Akten schreddert, die damit im Zusammenhang stehen? Das ist nicht nur unprofessionell, sondern in höchstem Maße demokratiegefährdend."

Aber: Der oben zitierte Wolfgang Neskovic warnt "Die Linke" vor einem entsprechenden Verfassungsverstoß. Seiner Meinung nach dürfe man das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. "Die Feuerwehr wird auch nicht abgeschafft, wenn sie bei der Brandlöschung versagt. Ein Verfassungsschutz ist notwendig, weil die Verfassung echte Feinde hat."

"Der Verfassungsschutz hat nicht nur Fehler gemacht, er ist der Fehler", betont dagegen Fraktionskollegin Ulla Jelpke. Die Vernichtung von Akten zum V-Leute-Einsatz in der Neonaziszene sei nur das i-Tüpfelchen in einer Kette von Skandalen. Definitiv verlangt Jelpke

## Wir brauchen Verfassungsschutz – Deshalb gehört die Verfassungsschutzbehörde abgeschafft!

Kategorie: Deutschland

Veröffentlicht: Mittwoch, 18. Juli 2012 00:00

---

die Auflösung der "demokratisch nicht zu kontrollierenden« Verfassungsschutzämter."

Und es ist Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten, zuzustimmen, der in der UZ vom 27.1.2012 forderte: "Wir brauchen Verfassungsschutz. Aber nicht die Institution, die sich so nennt." Und er wies darauf hin, dass die strikte Anwendung des Grundgesetzes, also den Schutz der Verfassung, nicht nur das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen erfordere, sondern dass wirklicher Verfassungsschutz auch bedeute, das Verbot der Führung von Angriffskriegen, die Anwendung der Artikel für die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Sozialstaatlichkeit auf die Fahnen zu schreiben und sich dafür zu engagieren. Ein so verstandener Verfassungsschutz bedarf keiner Behörde von Bürokraten und Schnüfflern sondern bedarf engagierter Bürger und Bürgerinnen – vor allem auf den Strassen und in den Betrieben.

*"Grundgesetz, ja Grundgesetz, ja Grundgesetz – sie berufen sich hier pausenlos aufs Grundgesetz - sagen Sie mal, sind Sie eigentlich Kommunist?" (Franz-Josef Degenhardt)*

Txt: gst Foto: [quapan](#)